Fraktion GRÜNE im Gemeinderat Rheinfelden

22.9.21

Herrn Oberbürgermeister
Klaus Eberhardt
Rathaus
Rheinfelden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 28.7.2020 haben wir eine Unterrichtung nach § 24 (3) GemO verlangt mit dem Titel „CO2-Emissionen Rheinfelder Großemittenten“. Diesem Verlangen ist bis heute nicht nachgekommen worden. Inzwischen haben sich weitere Gesichtspunkte ergeben, die eine Erweiterung dieses Antrags zur Folge haben.

Hiermit beantragen wir in Ergänzung zum vorliegenden Antrag:

1. Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat – wie im Grundsatzbeschluss unter Punkt 8 aufgeführt, einen Klimaschutzbericht mit einer aktuellen CO2-Bilanz vor.

2. Die Verwaltung wolle mit den bedeutendsten Rheinfelder CO_2-Großemittenten aus Industrie und Wirtschaft eine Unterrichtung im Gemeinderat (ggf. auch Bau- und Umweltausschuss) veranstalten. Die Rheinfelder Unternehmen (verarbeitendes Gewerbe) sollen hierbei ihre Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausgase darstellen.
   Die Stadtverwaltung zieht das Regierungspräsidium hinzu, da es bereits konkrete Gespräche zur CO_2-Reduktion mit der Firma Evonik als Hauptemittenten geführt hat.

Begründung:

Im seinem bisherigen Beschluss zum Klimaschutz hat der Gemeinderat als strategische Ziele die Reduzierung der CO_2-Emissionen um 50% bis 2030 sowie die Klimaneutralität bis 2050 festgesetzt (Änderungsantrag dazu separat). Nach der letzten Erhebung (Energiebericht 2018) sind die Treibhausgas-Emissionen, bezogen auf das Basisjahr 2009 (250.000 t/a), fast stetig gestiegen (zuletzt 2013 um 2%, 2014 um 6%, 2015 um 4%). Ursache dieses Anstiegs ist hauptsächlich die entsprechende CO_2-Bilanz des verarbeitenden Gewerbes. Hauptenergieträger ist hierbei mit weitem Abstand das Erdgas.

Rheinfelden kann seine strategischen Klimaschutzziele nur gemeinsam mit den Gewerbebetrieben erreichen. Die Unterrichtung soll daher auch einen Dialog zwischen betroffenen Unternehmen und dem Gemeinderat in Gang setzen sowie in den Masterplan Klimaschutz einfließen. Das Regierungspräsidium berät zur Zeit mit der Fa. Evonik, wie deren CO_2-Emissionen vermindert werden können. Wir verlangen eine umgehende Fortsetzung des Masterplans und der übrigen Beschlüsse des Gemeinderats im Bereich Klimaschutz, zu deren Umsetzung der Oberbürgermeister nach §43 Abs.1 GemO verpflichtet ist. Das Aussetzen dieser Beschlüsse kann nur durch einen weiteren Beschluss des Gemeinderats erfolgen, führt dann aber zu dramatischen Engpässen bei der Bewältigung der gesteckten kommunalen Klimaziele.

Mit freundlichen Grüßen,
für die Fraktion:

Heiner Lohmann
Fraktionsvorsitzender